

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Stadtheil“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Blitz in die Höhe“, „Kulturarbeit“ und „Lehramt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch  
8. Februar 1928  
10 Pfennig

Die einseitige Konspiration 60 Pfennig. Reklamseite 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig (täglich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesucht das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentlich von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 992—997 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft. Depostitenkasse Lindenstr. 3

## In der Schlinge.

### Strefemanns Angebot und die Deutschnationalen.

Drei Tage hat es gedauert, bis die Deutschnationalen eine Antwort auf unsere Feststellung fanden, daß die Bürgerblockregierung für das Strefemannsche Angebot im Sinne der Luxemburger Resolution solidarisch verantwortlich ist. Darauf erläßt die Deutschnationale Volkspartei nachstehende offizielle Erklärung:

„An „Vorwärts“ (Nr. 59 vom 4. Februar 1928) wird von einem Angebot des Reichsaußenministers Dr. Strefemann an Frankreich berichtet, das dieser im Namen einer Reichsregierung gemacht habe, in dem vier deutschnationale Minister sitzen. Der „Vorwärts“ bezieht sich dabei auf einen Satz in der Reichstagsrede Dr. Strefemanns vom 30. Januar, der folgendermaßen lautet: „Wir werden eine Diskussion über diese Fragen und Fragen, die eine Beobachtung der Verhältnisse im Grenzgebiet bis zur Beendigung der für die Befestigung des Rheinlandes in Aussicht genommenen Zeit vorsehen, nicht grundsätzlich ablehnen, aber wir können nicht der Auffassung Raum lassen, als wenn Deutschland bereit wäre, die Befestigung der Rheinlandbefestigung, auf die es ein Recht hat, mit dauernden Maßnahmen zu erkaufen, die über den Vertrag von Versailles hinausgehen und die geeignet wären, an Stelle des Vertrauens von Volk zu Volk das Mißtrauen zu verewigen und dadurch eine wirkliche und wirksame Friedenspolitik zu verhindern.“ Der „Vorwärts“ hat natürlich die zweite Hälfte des Satzes von dem Böhlichen „aber“ ausgeschlossen. Die Deutschnationale Volkspartei hat selbstverständlich nichts gegen eine Fortführung der Diskussion einzuwenden, deren Ziel eine Verkürzung der Rheinlandbefestigung ist. Im übrigen können wir feststellen, daß der entscheidende Punkt, nämlich die „Beobachtung“ der Verhältnisse im Grenzgebiet bis zur Beendigung der für die Befestigung des Rheinlandes in Aussicht genommenen Zeit, im Kabinett als solcher nicht besprochen worden ist. Es gehört zu den selbstverständlichen Vorrechten eines Außenministers, derlei Besprechungen selbständig zu führen. Aber wir haben Anlaß zu vermuten, daß man im sozialdemokratischen Lager diese Verhandlungen so geführt zu sehen wünscht, daß daraus eine Festlegung der deutschnationalen Minister im Sinne der Luxemburger Entschließung herauspringt. Wir glauben, im übrigen nicht fehlzugehen, wenn wir die Absichten des deutschen Reichsaußenministers dahingehend interpretieren, daß die von ihm ins Auge gefasste „Beobachtung“ der im Investigationsprotokoll vorgesehene Fall ist, also keine „éléments stables“, auch nicht zeitweiliger Art; denn es handelt sich bei der Rheinlandräumung um unser gutes Recht.“

Diese Antwort ist reichlich verlegen. Es sei zunächst bemerkt, daß der „Vorwärts“ den Schluß des Strefemannschen Satzes gar nicht zu zitieren brauchte, weil er eine Selbstverständlichkeit enthält, über die es keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns und Strefemann gibt. Die Luxemburger Resolution regt nur eine besondere Rheinlandkontrolle bis zum Jahre 1935 an, wie es der Führer der französischen Sozialisten Léon Blum ausdrücklich bestätigt hat. Das Schwergewicht der von Strefemann ausgesprochenen Verhandlungsbereitschaft lag in dem ersten Teil des Satzes.

Die Deutschnationalen erklären nun, sie hätten „selbstverständlich nichts gegen eine Fortführung der Diskussion einzuwenden, deren Ziel eine Verkürzung der Rheinlandbefestigung ist“. Mit diesem zweideutigen Satz bereitet man eine Neuaufgabe der unehrlichen Taktik vor, die die deutschnationalen Minister bereits im ersten Bürgerblockkabinett von Februar bis November 1925 befolgt haben: damals machten sie acht Monate lang als Regierungspartei die Politik mit, die zu den Locarno-Verträgen führten. Sie ließen Strefemann die Verhandlungen führen, erklärten aber, als das Ziel erreicht war, sie seien niemals informiert worden, sie müßten daher die Verantwortung für alles ablehnen und aus der Regierung austreten.

Die Analogie mit der damaligen Zeit ist unverkennbar: Strefemann hat ein Angebot gemacht. Die deutschnationalen Minister sind davon nicht abgerückt; sie sind in der Regierung geblieben. Aber sie erklären: das ist ein „Vorrecht“ des Außenministers, und der entscheidende Punkt ist im Kabinett nicht besprochen worden. Mit anderen Worten: die deutschnationalen Kabinettsmitglieder haben nichts dagegen einzuwenden, daß Strefemann auf eigene Verantwortung in diesem Sinne verhandle, aber sie nehmen für sich das Recht in Anspruch, ihn jederzeit zu desavouieren.

Aber diesmal ist die Öffentlichkeit durch den Präzedenzfall von Locarno gewarnt. Die deutschnationalen Minister werden sich nicht wie Herr Schiele im Jahre 1925 ahnungslos hinstellen und erklären können, sie hätten nicht gewußt, worum es ginge. Sie müssen jetzt Farbe bekennen: verbleiben sie in der Regierung, dann tragen sie ihren Teil von Verantwortung für den Vorschlag Strefemanns, über „eine Beobachtung der Verhältnisse im Grenzgebiet“ bis 1935 zu diskutieren. Und dann sollen uns die Deutschnationalen, wenn sie nach den Reichstagswahlen aus der Regierung hinausgeschoben sein werden, nicht mit Klagen und Anklagen kommen, man habe wieder einmal die „vaterländischen Belange“ preisgegeben.

## Parlamentseröffnung in London.

### Nichtsagende Thronrede. — Macdonalds Angriff.

London, 7. Februar. (Eigenbericht.)

Die am Dienstag vom König vorgelesene Thronrede war ungewöhnlich kurz. Sie beginnt mit der Versicherung, daß die britische Regierung dauernd bemüht sei, im Zusammenwirken mit dem Völkerbund die Regelung internationaler Differenzen herbeizuführen, um die Sache des Friedens zu fördern. Die Lage in China habe sich inzwischen soweit gebessert, daß große Verminderungen in den nach Ostasien entsandten Flotten und Militärstreitkräften möglich seien. Die durch innere Unruhen und Bürgerkriege verursachte Lage gebe aber trotzdem noch immer zu Beforgnissen Anlaß. Dennoch stehe die englische Regierung noch zu den vor einem Jahre bekanntgegebenen Grundsätzen, den chinesischen Bestrebungen entgegenzukommen, wenn die Chinesen befriedigenden Schutz für ihr Leben und Eigentum zusichern. — Ueber die Haltung der britischen Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens enthält die Thronrede kein Wort.

Die Debatte wurde von der Opposition mit längeren Ausführungen

Ramsay Macdonalds

eröffnet. Er betonte, daß die Thronrede inhaltlich die armseligste Erklärung darstelle, mit der seit seinem Eintritt ins parlamentarische Leben das Parlament jemals eröffnet worden sei. Das Bemerkenswerteste an der Thronrede seien die Auslassungen. Sowohl das Fabrikgesetz, das vom Innenminister und Ministerpräsidenten immer wieder versprochen worden sei, als auch die Ratifikation der Washingtoner Konvention seien nicht erwähnt worden. Die Arbeiterpartei könne die soziale Lage in Großbritannien nicht so günstig beurteilen wie die Thronrede das tue. Niemand, der die Thronrede lese, könne auf den Gedanken kommen, daß es eine Million Arbeitslose in England gebe. Die Regierung müsse damit rechnen, daß die Opposition die in der Rede ausgelassenen sozialen Fragen nicht vergessen werde und Tag für Tag und Schritt für Schritt um diese Probleme kämpfen werde.

## Heute soll er gestürzt werden!

### Norwegens Ministerpräsident Genosse Hornsrud.



Die erst vor wenigen Tagen gebildete Arbeiterregierung Norwegens soll schon heute bei ihrem ersten Erscheinen vor dem Parlament gestürzt werden. Als Minderheitskabinett war das Ministerium Hornsrud auf die Unterstützung der bürgerlichen Linken angewiesen, die ihr versagt wird. Ministerpräsident Hornsrud erklärte selber, daß nach dieser Stellungnahme der Liberalen das Schicksal der Regierung besiegelt sei.

bis die Neuwahlen kämen und die Majorität der Regierung gestürzt würde. Schließlich erkundigte der sozialistische Redner sich auch nach den Valutaschiebereien hoher Beamter des Auswärtigen Amtes.

Lloyd George

fragte, ob in den neuen Schiedsvertragsvorschlägen gegenüber den früheren irgendein Fortschritt enthalten sei. Werde es ein alle umfassender Schiedsvertrag sein? Schließe er irgend etwas aus? Werde jede Streitfrage zwischen England und den Vereinigten Staaten einem Schiedspruch unterworfen sein? Das Scheitern der Genfer Konferenz mache es um so notwendiger, daß ein Vertrag dieser Art zwischen den beiden Regierungen abgeschlossen werde.

Da keine Erwiderung sagte

Baldwin,

daß der Abfah über China in die Thronrede absichtlich hineingesetzt worden sei, damit er in der ganzen Welt gelesen werde. Er freute sich, daß Macdonald und Lloyd George ihn angenommen hätten und hoffe, daß er damit zur Grundlage einer nationalen Politik werde. Baldwin teilte mit, daß Chamberlain morgen nachmittag mit jeder außenpolitischen Frage, die aufgeworfen werden sollte, sich befassen werde.

Zur Untersuchung der angeblichen Währungspekulationen von Regierungsbeamten bemerkte Baldwin, die Regierung werde von der Untersuchungskommission über die Tatsachen unterrichtet werden und werde dann beschließen, welche Schritte angemessen seien. Der Bericht der Untersuchungskommission werde dem Parlament zugleich mit der Entscheidung der Regierung darüber vorgelegt werden.

### Die Aktion der Arbeiterpartei.

London, 8. Januar.

Die Arbeiterpartei hat im Unterhaus einen Abänderungsantrag für die Antwort auf die Thronrede angefügt, nämlich das Bedauern darüber auszudrücken, daß keine Maßnahmen für das dringende Arbeitslosenproblem, besonders in der Kohlenindustrie, erwähnt werden.

Anläßlich der Eröffnung des Parlaments hatte die Arbeiterpartei eine große Versammlung nach der Albert-Hall einberufen, in der Ramsay Macdonald Hauptredner war. Er wurde verschiedentlich von einer Anzahl Kommunisten unterbrochen, von denen einer eine große rote Fahne schwenkte. Die Ruhestörer wurden schließlich von Aufsehern aus der Halle herausgeschafft.

### Rundgebung für volles Frauenstimmrecht.

London, 8. Februar.

Vier Suffragetten überbrachten der Regierung eine Petition über sofortige Einführung des gleichen Stimm- und Wahlrechts für die Frauen; sie erklärten, sie würden dem Ministerpräsidenten keine Ruhe lassen, bis er den drei Millionen englischen Frauen unter 30 Jahren, die die Blüte des Landes darstellen, dasselbe Recht gewähre wie den Männern. Die Delegation begab sich darauf nach dem Buckingham-Palast und ersuchte, vom König empfangen zu werden. Die Wache weigerte sich aber, die Frauen vorzulassen, worauf diese durch List ihr Ziel zu erreichen versuchten. Während drei von ihnen mit den wachhabenden Soldaten sprachen, versuchte eine vierte durch eine Seitentür in den Palast einzubringen. Sie wurde aber von einem anderen Wächter bemerkt und festgehalten.

### Der Kampf in Mittelddeutschland.

#### Schwierige Verhandlungen.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung des Kampfes in der Metallindustrie in Mittelddeutschland sind bis heute mittag 1 1/2 Uhr noch nicht über das Stadium von Vorverhandlungen hinausgekommen. In Mittelddeutschland bestehen drei Tarifgebiete mit unterschiedlichen Vertragsbestimmungen. Die Vorverhandlungen haben zunächst den Zweck diese verschiedenen Tarifgebiete auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Bei diesen Vorverhandlungen, die zunächst noch nicht gemeinsam geführt werden, sondern mittelst eines sogenannten Wendelverkehrs durch den Schlichter zwischen den beiden Parteien vermittelt werden, zeigen die Vertreter der Metallindustrie keinerlei Neigung zu irgendwelchen ernsthaften Konzessionen. Da die Metallarbeiter Mittelddeutschlands jedoch entschlossen sind, unter keinen Umständen zu den Bedingungen der Metallindustriellen in die Betriebe zurückzukehren, so muß man den Ausgang dieser Verhandlungen frei von jedem Optimismus entgegensetzen.



# Bürgerblockdementi und Lutherstandal.

Vertuschung, Verschleppung, Ausreden und Dementis.

Wir haben gestern mitgeteilt, daß Herr Marg, der Reichsanwalt, versucht hat, durchzusetzen, daß Herr Luther zum Präsidenten der Preußenkasse ernannt würde. Wir haben genau den Weg bezeichnet und die Klippe, an der Herr Marg gescheitert ist. Der Versuch ist im Reine erstickt worden. Die Absicht kann Herr Marg ebensowenig bestreiten wie seine vorbereitenden Handlungen. Dabei bleibt es.

Die Rechtspreffe wird empfindlich, wenn der Lutherstandal berührt wird. Bei der „Deutschen Tageszeitung“ ist der Damm des Schweigens gebrochen und sie schimpft los: „Riefenschwindelunternehmen des „Vorwärts“, sozialistische Phantasie, faszinierende Periode der Lügenmäuligkeit, moralisches Lavendelwasser, zweispänniger Schwindel, systematischer Lügenfeldzug“. Die Freunde des Herrn Luther, die eine schlechte Sache verteidigen müssen, lassen also erkennen, wie schmerzhaft sie die Bloßstellung empfinden. Die „Deutschnationale Tagespost“, die kürzlich Herrn Luther unter der Ueberschrift „Geld stinkt nicht“ moralisch heimleuchtete, scheint uns in einer besseren Lage zu sein als die „Deutsche Tageszeitung“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ empfiehlt der Reichsregierung, uns zu verklagen. Wenn die Reichsregierung ihre Haltung im Lutherstandal vor Gericht verteidigen will — wir stehen zur Verfügung.

# Landbundsstandal.

Deutschnationale trinken bei Westarp Bier, während im Landtag über Agrarfragen abgestimmt wird.

Das Verhalten der deutschnationalen Großagrarien bei ihrem Kampf um die Sondermaßnahmen für die Landwirtschaft wächst sich allmählich zu einem politischen Skandal aus. Im Lande finden Protestdemonstrationen statt, die besonders deshalb so stark besucht sind, weil sich nicht nur Bauern ins Schlepptau der Großgrundbesitzer nehmen lassen, sondern weil auch Landarbeiter und Stahlhelmer zu den Kundgebungen abkommandiert werden. So berichtet auch heute die großagrarische Presse über einen Aufmarsch des Thüringer Landbundes in Rudolstadt, an dem 35 000 Menschen teilgenommen haben sollen und ihren Führern Gefolgschaft „bis zum Kreuzerstein“ schworen. Ein Vorbeimarsch vor dem Landesfinanzamt sollte kundtun, wer besonders mit diesen Drohungen gemeint ist.

Während so auf dem Lande die Bauernschaft aufgepuscht wird, fand, wie wir heute morgen berichteten, im Preussischen Landtag die zweite Lesung des Landwirtschaftlichen Haushaltses statt. Die Sitzung zog sich bis in die späten Nachtstunden hin. Von den Deutschnationalen aber, die nicht genug gegen die Preußenregierung und das Preußenparlament hegen können, war etwa von 1/8 Uhr abends ab niemand mehr im Hause. Auch von der Deutschen Volkspartei, deren Mitglied, der Reichstagsabgeordnete Hepp, Präsident des Reichslandbundes ist, war niemand da außer dem Schriftführer Abg. Regenthin. Die stark vertretenen Koalitionsparteien nahmen dann auf Antrag des Genossen Peters die nicht angefochtenen Titel des Landwirtschaftsetats in ihrer Gesamtheit an. Durch ihre Abwesenheit haben sich die Deutschnationalen des Rechts begeben, zu diesen Titeln in der Einzelaussprache noch das Wort zu nehmen.

Unter diesen Umständen kann man verstehen, daß es heute morgen bei den Mitgliedern der Koalitionsparteien im Landtag erstaunte Gesichter gab. Was aber war der Grund

# 250 Millionen Schulbauanleihen.

Eine Folge des Reichsschulgesetzes. — Protest der Städte.

Die Reichsregierung hat sich bekanntlich geweigert, Schätzungen über die Kosten der konfessionellen Zersplitterung der Schule dem Reichstag vorzulegen, wie sie durch das Schulgesetz des Reichsblocks eintreten würde. Man begreift diese Zurückhaltung, wenn man diese Berechnungen des voraussichtlichen Geldbedarfs für Schulzwecke hört, die soeben der Deutsche Städteetag angestellt hat. Er weist darauf hin, daß in der Tat das Bild bei den einzelnen Gemeinden sich sehr verschieden gestaltet wird. Während an manchen Orten keine neuen Schulinrichtungen notwendig sein werden, ist an anderen Orten damit zu rechnen, daß die Eltern eine sehr weitgehende Berücksichtigung ihrer Wünsche verlangen werden, zu deren Erfüllung ihnen das neue Gesetz den Anspruch gibt.

Für das Jahr 1928 werden die Ausgaben für Volksschullehrkräfte in Preußen mit 700 Millionen geschätzt. Nimmt man nun an, daß infolge des Reichsschulgesetzes die Zahl der Lehrerstellen um 5 Prozent vermehrt werden muß, so gibt das

eine laufende Mehrbelastung von 40 Millionen Mark.

Da aber diese Mehrbelastung von den Gemeinden nicht getragen werden kann, ist nach Meinung des Städteetags eine Rückbildung des hochentwickeltesten Volksschulwesens in Deutschland unausbleiblich, wenn nicht für Deckung der Ausgaben gesorgt wird.

Noch schlimmer stellt sich aber die Sache bei den Kosten für Schulbauten dar, die im Laufe der nächsten Jahre eintreten würden. Allein in Preußen würde bei einer Zunahme der Klassenzahl um 5 Proz. bei bisher 100 000 vorhandenen Klassen ein Betrag von

250 Millionen Mark ausgebracht werden müssen, weil die Kosten für eine Klasse auf 50 000 M. geschätzt werden. Da in der Hauptsache die Gemeinden diese Kosten zu tragen haben und da auf der anderen Seite Einnahmen dafür nicht zur Verfügung stehen, müßte diese Viertelmilliarde Mark auf dem Anleihewege beschafft werden. Hierzu bemerkt die Spitzenorganisation der deutschen Städte:

Ueberblickt man die neuere Entwicklung des Kommunalkredits im Rahmen der Gesamtwirtschaft und die ganz außerordentlichen Hindernisse, die den Gemeinden bei der Befriedigung ihres Anleihebedarfs selbst für unmittelbar verbundene Anlagen wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke bereitet werden, so kann man sich kaum vorstellen, wie in absehbarer Zeit den Gemeinden für die Befriedigung eines auch nur annähernd so großen Kapitalbedarfs für Schulzwecke Spielraum verblieben sein sollte.

Die Städte müssen hiernach darauf bestehen, daß für die zu besorgenden großen Mehrausgaben infolge des Reichsschulgesetzes, die sie nicht tragen können, ausreichende Deckung beschafft und daß für die Frage der Kostenersatzung eine zuverlässige gesetzliche Grundlage im Rahmen des Reichsschulgesetzes geschaffen wird.

Man kann gespannt sein, wie die Reichsregierung sich diesen berechtigten Einwänden der großen Gemeinden gegen das Schulgesetz stellen wird, das in gleichem Maße die finanzielle und soziale Leistungsfähigkeit der Kommunen wie diejenige der deutschen Schulen bedroht. Die sozialdemokratische Kritik, die an dem Schulgesetz geübt wurde, erweist sich nach diesen neuesten Schätzungen als durchaus berechtigt.

# Der ungarische Menschenraub.

Geisel wird Vorstellungen erheben.

Wien, 7. Februar.

Im Finanzausschuß des Nationalrates verlies vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Dr. Bauer (Soz.) auf Zeitungsnachrichten, die auf Mitteilungen der burgenländischen Gendarmerie beruhen, monach ungarische Gendarmen von österreichischem Boden einen Bergmann, der aus Ungarn geflüchtet war, durch List und Gewalt wieder nach Ungarn verschleppt haben. Bauer ersuchte um Auskunft, ob die Regierung bereit sei, von der ungarischen Regierung volle Genugtuung für die grobe Verletzung der österreichischen Souveränität zu verlangen, die sofortige Auslieferung des Bergarbeiters nach Oesterreich zu fordern und weiter zu verlangen, daß die ungarischen Gendarmen, die auf österreichischem Boden das Verbrechen des Menschenraubes begangen hätten, dem österreichischen Gericht ausgeliefert würden. Obmann Dr. Kanner erklärte, er werde sofort den Bundeskanzler verständigen und gegebenenfalls die laufende Verhandlung unterbrechen. Darauf wurde die Heeresdebatte fortgesetzt.

Bundeskanzler Dr. Seipel bestätigte den Vorschlag: Dieser Bergmann wohne allerdings nicht in Oesterreich, sondern auf ungarischem Gebiet, und gehe jeden Tag nach Oesterreich in das Bergwerk zur Arbeit. Trotzdem handele es sich um einen Uebergriff. Der ungarische Gendarmenkommandant habe sich deshalb auch bereits entschuldigt und mitgeteilt, daß die schuldtragenden Gendarmen ihres Dienstes enthoben worden seien. Der Arbeiter habe im übrigen unter dem Verdacht des Schmuggels gestanden und sei mit fünf Tagen Arrest bestraft worden. Trotzdem werde die Regierung bei der ungarischen Regierung Vorstellungen erheben.

Genosse Bauer nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und erklärte, man dürfe diesen Fall nicht sehr leicht nehmen, obwohl dem betroffenen Arbeiter diesmal nichts Schlimmes geschehen sei.

ihrer Abwesenheit? Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei hatte offenbar zur Vorbereitung der Wahlen im Hotel Kaiserhof einen Bierabend veranstaltet. Die Teilnahme an diesen Männerchwätz war den großagrarischen Demagogen wichtiger als die parlamentarische Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen in Preußen. Sie, die sonst so oft über die Parteipolitik schimpfen und schimpfen lassen, hielten die gesellschaftliche Veranstaltung des deutschnationalen Parteivorstandes für dringender als die Beratungen im Landtag. Selbstverständlich werden sie jetzt um so lauter gegen die preussische Regierung und gegen den Landwirtschaftsminister Steiger zetern.

Für die Arbeiterschaft aber und für diejenigen Kreise der Bauern, die schon bisher der großagrarischen Führung der Deutschnationalen im Landtag der schlagende Beweis dafür, daß die Landbündler selbst ihr Geschrei über die Notlage der Landwirtschaft nicht ernst nehmen. Sie werden sich darüber nicht wundern dürfen, daß ihnen diese Meinung mit aller Deutlichkeit gesagt wird.

# Staatsgerichtshof gegen Rechtsanwalt.

Ein Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Samler.

Der kommunistische Rechtsanwalt Dr. Samler hat bei der Verteidigung seiner Klienten den Staatsgerichtshof und den Reichsgerichtspräsidenten Riedner in den Jahren 1924/25 wiederholt scharf angegriffen. Einmal in dem sogenannten Tscheta-Prozess hatte der Senatspräsident den Rechtsanwalt sogar durch Polizeibeamte aus dem Saal entfernen lassen. Diese um drei Jahre zurückliegenden Vorgänge sind Gegenstand einer Klage vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer wegen Verleumdung. Die Verhandlung hat heute begonnen und wird, da etwa 40 Zeugen geladen sind, mehrere Tage in Anspruch nehmen.

haben die Vögel es allgemein beibehalten, während die Säugetiere es allmählich durch Lebendgebären ersetzt haben.“

Alles flaut, starrt und geht dann weiter. Zwei andere kommen hinterher, sie haben sich inzwischen rasch die präparierten großen Menschenaffen angesehen und gucken nun pflichtschuldig nach, was denn die anderen hier interessiert hat. Gewöhnten das Schnabeltier, lesen die Beschreibung, die alles genau angibt und stoßen sich gegenseitig an: „Auch“ mal, der Uebergang vom Vogel zum Säugetier! Der Museumswärter, der auch alles mitangehört hat, sieht mich lachen, kommt näher heran und meint leiserhinhin: „Der kommt hier alle Tage vor.“

Ich habe aber doch die Hoffnung nicht abgegeben, daß die verschiedenen Besucher noch einmal lernen werden, daß die See-rosen nicht ein Mittelglied zwischen Pflanze und Tier, das Schnabeltier nicht ein Uebergang vom Vogel zum Säugetier sind, und daß es in der Wissenschaft nicht üblich ist, aus irgendwelchen Knochen Tiere zu konstruieren, die es nie gegeben hat.

# Ein christlich-deutscher Organisator.

Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Mitteilung, daß „Generaldirektor“ W. A. Gerst vom Bühnenvolksbund seinen Rücktritt erklärt hätte. Jetzt erfährt man, daß der Bundesvorstand das Rücktrittsgesuch angenommen hat. Herr Gerst ist bereits aus seiner Stellung als Geschäftsführer des Bühnenvolksbundes ausgeschieden. Der Bühnenvolksbund ist die höchstpersönliche Gründung des Herrn Gerst. Er versuchte, mit ihr eine Organisation der Theaterbesucher auf der Grundlage einer „christlich-deutschen“ Weltanschauung zu schaffen, — als Gegengewicht gegen die Volksbühnen und „freien“ Volksbühnen, die das Vorbild der Berliner Volksbühne nach dem Kriege reich emporblühen lieh. Während aber die Volksbühnen sich naturwüchsig, aus lokalen Bedürfnissen heraus entwickelten, war der Bühnenvolksbund des Herrn Gerst von vornherein ein etwas künstliches Unternehmen: zuerst wurde die Zentrale geschaffen, von der dann die Versuche ausgingen, örtliche Theatergemeinden aufzubauen.

Man kann Herrn Gerst nicht das Lob vorenthalten, daß er mit großer Energie und großem Geschick ans Werk ging. Freilich mit nicht gleich großem Erfolg. Und ein brennender Ehrgeiz, um jeden Preis dem Bühnenvolksbund Namen und Ansehen zu sichern, trieb ihn zu immer neuen Experimenten, die im höchsten Grade ungesund waren und schließlich auch das Verhängnis des rührigen Generaldirektors wurden. Der Bühnenvolksbund stützte sich zunächst wesentlich auf Zentrumskreise, wenn auch neben führenden Vertretern des Katholizismus einzelne evangelische Konfirmandenräte und andere „Intellektuelle“ mitmachten. Herr Gerst wollte aber „weitere Kreise“. So ließ er sich in eine Koalition mit dem stark antisemitisch orientierten Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband ein und suchte seine Propaganda in die politischen und deutschnationalen Kreise hineinzutragen. Der Mitgliedszuwachs seiner Organisation befriedigte ihn aber immer noch nicht. Er zog Wanderbühne nach Wanderbühne auf, von denen

manche wieder eingingen. Ein Bühnenvolksbund-Berlag experimentierte auf allen Literaturgebieten, immer neue Pläne für Zeitschriften, Zeitungskorrespondenzen, Kundgebungen, Langbühnen usw. wurden geschmiedet und in Angriff genommen.

Das Ergebnis: Die trampfahnen Versuche, Parteien und Gruppen der verschiedensten Weltanschauung in eine Organisation zu spannen, die den Anspruch einer weltanschaulichen Zielsetzung erhob, führten lediglich zu dauernden inneren Kämpfen. Die Bemühungen des Generaldirektors, einmal die demokratische Note zu betonen, dann wieder der Richtung schwarzweißer Konzeptionen zu machen, schufen auf allen Seiten Verstimmungen. Die trampfahnen Bemühungen, immer neue Unternehmungen auf die Beine zu stellen, fanden ebenfalls nicht immer den Beifall der „Betreuen“ und brachten überdies manche finanzielle Schwierigkeiten.

Wenn Herr Generaldirektor W. A. Gerst seine Posten verlassen mußte, so trägt er selbst sicherlich einen großen Teil von Schuld. Immerhin hat das Geschick dieses Mannes etwas Tragisches. Es ist in jeder Hinsicht ein Wert, das er aufgeben muß. Die große Frage ist, wer nun an die Stelle des Herrn Gerst treten wird. Die Wahl des Nachfolgers will der Bundesvorstand am 3. März vornehmen. Dieses spricht dafür, daß der Fortgang Gersts zu dem argen Zerfall seiner Gründung führen wird: sie war und ist eben nur allzu sehr sein Wert.

Ueber den englischen Film „Die Dämmerung“. In England ist zurzeit ein Film „Die Dämmerung“ fertiggestellt worden. Dieser Film bringt die Geschichte der Kriegsflegerin Cavell. Bekanntlich wurde die Cavell wegen Spionage während der Kriege von den Deutschen erschossen. „Westminster Gazette“ regte kürzlich in einem Artikel die Filmgenur an, diesen Film zu verbleten, da er von neuem die bitteren Gefühle wieder erwecke und die Wunden bloß lege, die gerade zu heilen begannen. Außerdem hat die Gesellschaft, die den Cavell-Film herausbringt, versucht, die deutsche Botschaft in London der Mitwirkung an der Herstellung des Films zu bezeichnen. Der deutsche Botschafter in London demütierte auf das entschiedenste diese Behauptung und erklärte, daß die ganze Mitwirkung nur darin bestände, daß ein Beamter der Botschaft um Rürzungen und um Weglassung von Namen gebeten hätte.

Die Kasse am Bauhaus Dessau. Zu den Mitteilungen des Magistrats Dessau über den Waaung von Direktor Gropius vom Bauhaus erfahren wir, daß auch Professor M o h o l y - N a g y die Absicht hat, seinen bis 1930 laufenden Vertrag vorzeitig zu lösen; und zwar deshalb, weil er als einer von Gropius' engeren Mitarbeitern nicht ohne ihn am Bauhaus verbleiben möchte — Moholy-Nagy, einer der Mitbegründer des Konstruktivismus, wurde im Jahre 1923 an das Bauhaus berufen, wo er die Metallwerkstatt und einen Teil des Unterrichts in der Vorleser leitete. Er ist als Maler in europäischen und amerikanischen Ausstellungen hervorgetreten, hat ein fotografisches Verfahren ohne Kamera ausgearbeitet und in der von ihm mit Gropius herausgegebenen Reihe der „Bauhausbücher“ ein Buch „Malerei, Photographie, Film“ veröffentlicht. Er gehört außerdem zu den ersten Vertretern der elementaren modernen Typographie. Mit seinem Weggange würde der Lehrkörper des Bauhauses eines seiner aktivsten und vielseitigsten Mitglieder verlieren.

# Museumserlebnisse.

Von Willy Ley.

Im Berliner Aquarium gibt es wunderliche Sogwasserbeden mit See-rosen und Seeanemonen. Sonderbare, Inochenle Tiere, die eine bewegliche Lebensweise im erwachsenen Zustand so gut wie ganz ausgegeben haben und von dem Leben, was ihnen in die dauernd in Bewegung befindlichen nesselnden Gangarme hineinschwimmt. Pflanzenhaft fest wurzeln diese Tiere ja, aber sie sind keineswegs etwa irgendwie pflanzlicher Natur, weshalb denn auch ein Schild deutlich verkündet: „Echte Tiere, weder Pflanzen noch der Uebergang zwischen Pflanze und Tier.“ Der Leiter der See-rosenabteilung erzählt aber, daß mindestens jeden zweiten Tag sich folgende Begebenheit ereigne.

Es kommt Familienbesuch. Gemischt: Prozing und Berlin. Der Vater der Berliner Familie macht den Führer, alle kommen schließlich auch an das See-rosenbeden. Und Vater haut den Hut auf das Schild und verkündet: „Hier steht ihr den Uebergang zwischen Pflanze und Tier!“

Ich wagte eigentlich nicht zu glauben, daß so etwas so oft vorkommen soll. Eine Stunde im Naturkundemuseum in der Invalidenstraße aber hat mich belehrt, daß in dieser Beziehung allerlei möglich ist.

Ort der Handlung: Der Lichthof mit den Sauriersteletten. Die ersten Personen ein Chappoar. Sie recht elegant, er einfach ge- kleidet. Sie beginnt: „Glaubst du, daß es solche Tiere gegeben hat?“

„Man liest doch überall davon. Und warum denn auch nicht?“ wagt er schüchtern zu antworten. „Unsinn, das Tier haben die Gelehrten aus kleinen Knochen zusammengesetzt, so etwas hat's nicht gegeben. Wir müssen es ja glauben.“

Zehn Minuten später kommt eine Logeumsklasse. Fräulein Doktor erklärt. Erzählt recht hübsch von den alten Kogunen am Tsendogury in Ostafrika, wo man die Knochen ausgegraben hat. Zwei der werdenden Damen fordern sich ab. „Kann glaublich, daß so etwas gelebt haben soll.“ meint die eine. Die Antwort kommt schnell und sicher: „Darin sind sie ja auch aufgestanden.“

Der nächste Akt mit denselben Personen spielt einen Saal weiter, vor dem australischen Wasser-Schnabeltier. Fräulein Doktor erklärt wieder: „Hier steht ihr das Schnabeltier, es lebt jetzt noch in Australien und ist ein Vertreter der niedersten Säugetiere.“ Es bringt keine lebendigen Jungen zur Welt, sondern legt Eier.“

(Unterbrechung.) „Dann ist es wohl der Uebergang vom Vogel zum Säugetier? Einen Schnabel hat es ja auch.“

„Nein, — der Schnabel ist eine Sonderanpassung an die Nahrung, es knackt damit Nusscheln auf. Das Eierlegen hat es aber von den Reptilien her noch beibehalten, und die Vögel, die auch von den Reptilien abstammen, haben es auch getan. Nur



# 120 Prozen! Zinsen!

Die Standard-Gesellschaft hat Bergmann übertrumpft.

Gestern ist in einer Rathenower Zeitung ein Inserat der Standard-Gesellschaft, über die wir heute morgen berichteten, erschienen. Das Konsortium, an dem der bekannte Arthur Reil beteiligt ist, verspricht im Gegenjah zum nur 48prozentigen Bergmann-Institut 10 Proz. Monatszinsen, das heißt 120 Proz. pro Jahr für Leute, die ihr Geld in sogenannten „sicheren Geschäften“ — verlieren wollen.

Die Kriminalpolizei hat Schritte ergriffen, um solche Antündigungen zu unterbinden, da es sich bei einem solchen Inserat ja nur um Schwindel handeln kann. Lausend sollen Anzeigen, die phantastische Zinsätze versprechen, kontrolliert werden, und auch bei der Erklärung der Konzeption für Pfandleiher sollen Verschärfungen in den Bestimmungen eintreten. So soll die einem Pfandleiher erteilte Konzeption nicht auf seine Ehefrau übertragen werden dürfen, auch sollen Personen, die als Pfandleiher den Offenbarungseid leisten müssen, automatisch die Konzeption verlieren. Besprechungen hierüber finden schon in den nächsten Tagen statt.

Die Vernehmung des Staatsanwaltschaftsrats Jacoby dauert noch fort, da der Beschuldigte immer wieder bestreitet, daß er böswillig gehandelt habe. Er bietet Entlastungsmaterial und Neugier für die Stühung seiner Darstellung an. Die Gegenüberstellung Jacobys mit Bergmann wird voraussichtlich erst morgen stattfinden. Durch sie erwartet man eine Klärung, denn Bergmann behauptet im Gegenjah zum Staatsanwaltschaftsrat Jacoby, daß der „Justitiar“, wie er von allen übrigen Angeklagten im Lombardskandal bezeichnet wird, die Firma über alle Rechtsfragen beraten habe, die mit den Kreditgeschäften im Zusammenhang standen.

Erst nach dieser Konfrontation der beiden Hauptbeschuldigten wird über die verschiedenen Haftentlassungsanträge Entscheidung getroffen werden.

## Vom Zug zerstückelt.

Die mit dem Leben bezahlte Erfrischung.

Auf entsetzliche Weise ist gestern nacht der 36jährige Expedient Harry Vater aus Eibing ums Leben gekommen. P. befand sich in dem beschleunigten Personenzug, der kurz nach 12 Uhr aus dem Schiefischen Bahnhof einläuft, auf der Heimreise nach Eibing. Obgleich der Zug nur wenige Minuten Aufenthalt hat, verließ der Reisende sein Abteil, um sich aus der Bahnhofswirtschaft einige Erfrischungen zu holen. Als er auf den Bahnsteig zurückkehrte, hatte sich der Zug bereits wieder in Bewegung gesetzt. Trotz der Warnungsrufe der Bahnhofsbewachter lief P. hinter dem Zuge her und versuchte aufzuspringen. Hierbei trat er jedoch so unglücklich fehl, daß er den Halt verlor und unter die Räder des letzten Wagens geriet. Dem Unglücklichen wurde der Kopf vom Kumpfe getrennt und der Körper zerstückelt. Die kleine Erfrischung hatte er mit dem Leben bezahlt!

## Falsche Vollziehungsbearbeiter.

In letzter Zeit haben sich wiederholt Betrüger als Vollziehungsbeamte ausgegeben und steuerpflichtige Personen um erhebliche Beträge, insbesondere um Kirchensteuern, geschädigt. Um das steuerzahlerische Publikum vor Verlusten zu bewahren, hat uns das Landesfinanzamt gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Vollziehungsbeamten im Besitz des Landesfinanzamts Berlin neben einem mit Lichtbild versehenen allgemeinen Ausweis und dem Vollstreckungsauftrag des Finanzamts einen mit dem Dienststempel des Landesfinanzamts versehenen Quittungsblock bei sich führen. Ueber Geld, das an sie bezahlt wird, haben sie ausschließlich auf einem Blatt des Quittungsblocks zu quittieren, das auch vom Einzahler zu unterschreiben ist. Andere Quittungen sind unzulässig.

**Theaterspiele für Arbeiterkinder.** Der sozialdemokratische Erziehungs- und Schulverein „Freie Schule — Kinderfreunde“ schreibt hiermit drei Preise in der Höhe von 1000, 500 und 300 Mark zur Schaffung neuer Theaterstücke für Arbeiterkinder aus. Die Theaterstücke sollen auch von Kindern aufgeführt werden können, wobei an eine Beteiligung von vielen Kindern gedacht ist. Die Dichtungen sollen dem Seelenleben der Arbeiterkinder angemessen sein, der Gefühlswelt der modernen Arbeiterbewegung entsprechen und entsprechen, sonst aber in Form und Inhalt keiner besonderen Beschränkung unterstellt sein. Jedermann, vor allem aber unsere leistungsfähigen Dichter, sind eingeladen, an dem Wettbewerb teilzunehmen. Die Einblendungen sind in Maschinenschrift einzeln zu beschreiben, mit Kennwort bis längstens 30. Juni 1928 an die Adresse der Organisation Wien, XIII, Schloß Schönbrunn, Kapellentor, einzuwenden. Jeder Einblendung werde ein gelochtes Kuvert beigelegt, das den richtigen Namen und die genaue Anschrift des Einsenders enthält und als Heberschrift das Kennwort der überreichten Arbeit ausweist. Mit der Preiszuerkennung wird das Eigentum an dem ausgewählten Werk erworben.

**Macbeth in Kauf.** Am Court Theatre, London, wurde „Macbeth“ in modernster Gesellschaftsleibung gegeben. Lady Macbeth hat eine Seidenrobe mit diesem Rückenanschnitt an und Macbeth steht als englischer Oberst in der Uniform auf der Bühne. „Damit mag es gelingen, gewisse Bevölkerungsteile mit Shakespeare bekanntzumachen, aber im Grund bringen solche Experimente nur totale Verwirrung.“ schreibt z. B. der „Manchester Guardian“.

**In der Volkshöhle.** Theater am Kolonnenplatz, gelangt als nächste Angelegenheit nach Lauchners Komödie „Die Antilope des Antonio Caraffa“ zur Aufführung. Regie: Günther Stief.

**Volkshöhle.** Leo Panja bricht — für Öhm Well, der verknüpft ist — zum Thema „Gesinnungsbekehrer“ auf dem 3. Rasprachenabend der Sonderabteilungen der Volkshöhle am Donnerstag, dem 9. Februar, 1924, Uhr, in der Aula der Schule Weinmeisterstraße 17. Als Ausweis für den Eintritt gilt die Mitgliedskarte der Volkshöhle.

**Hilde Kähler-Gesell.** bricht heute, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Reichers Rathenau auf Einladung der Volkshöhle Dichtungen unter dem Titel: „Abendmusik und Maschinen“.

**Im Theater in der Holzgäßchen Straße** findet die Aufführung von „Galsworthy's „Fluch“ mit, wie angekündigt, Freitag, sondern am Sonnabend, dem 11. Februar, statt. Die für Freitag am Sonnabend bereits gelieferten Karten haben keine Gültigkeit und sind an den Kassen umzutauschen.

**Die Monet-Gedächtnis-Ausstellung** der Galerien Thannhauser, Berlin, Reichenstr. 18, wird am Sonntag, dem 12. Februar, um 11 Uhr eröffnet. Vorbeziehung für geladene Gäste Sonnabend von 4—6 Uhr.

**Im Kaiser-Friedrich-Museum** hält Dr. Bernhard Taub, Dezernent für Kunst im Polizeipräsidium, am Sonntag, dem 12. Februar, 7/10 Uhr, Vortrag über Venezianische Malerei des 17. Jahrhunderts.

**„Parität“ in der Joppoter Waldoper.** In einer gemeinsamen Sitzung haben gestern der Joppoter Magistrat und die Waldspielkommission beschlossen, dem Vorklasse des künstlerischen Leiters der Joppoter Waldoper, Max Meyer, folgend, in diesem Jahre Richard Wagner's „Meistersinger“ „Parität“ aufzuführen. Die für die Aufführungen vorgesehenen Tage sind der 26., 29. und 31. Juli, der 2. und der 5. August.

# Der Mordprozeß gegen Krank.

Der Tod der beiden Ahtzehnjährigen in der Richterstraße zu Steglitz.

Morgen beginnt vor dem Landgericht II unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektor Duff der Prozeß gegen den 18jährigen Oberprimaner der Mariendorfer Oberschule Paul Krank. Das blutige Drama am 28. Juni 1927 in der Wohnung des Kaufmanns Scheller zu Steglitz stellte die Öffentlichkeit von neuem vor die brennendsten Fragen der Jugendpsychologie. Vielleicht hätte der Prozeß Krank unterbleiben können, vielleicht hätte die Anklage wegen Mordes gegen den Ahtzehnjährigen in diesem Falle unterbleiben sollen — wird aber nun einmal die Gerichtsverhandlung der Gesamtorgane der jugendlichen Räte der Jugend aufrollen, so sollten die Eltern aus den Prozeßberichten für sich die nötigen Lehren ziehen. Als Sachverständige sind geladen: Prof. Eduard Spranger, Prof. Cramer, Oberlehrerin Hildegard Wegscheider, Oberschulrator Dr. Goldbeck, Dr. Magnus Hirschfeld und Dr. Hodann werden in die erweiterten forensischen Vorgänge der Hauptakteure des Dramas hineinleuchten.

## Die Einzelheiten der Tragödie

Sind wohl noch so ziemlich in Erinnerung. Am 28. Juni wurde Dr. Freund in das Scheller'sche Haus gerufen; er fand im Schlafzimmer der Eheleute Scheller, zwischen Schrank und Handtuchhalter eineliegt, die Leiche des 18jährigen Kochlehrlings Stephan Umwelt von ihm lag im Sterben der 13 Jahre alte Günther Scheller.

Die anwesende 16jährige Hilde Scheller und der 18jährige Oberprimaner Krank konnten über die Ursache des Unglücks nur verwirrt Auskunft geben. Im Polizeipräsidium gelang es dem vernehmenden Kommissar erst nach und nach, ein klares Bild von dem Geschehen zu erhalten.

Paul Krank war seit zwei Jahren mit Günther Scheller befreundet. Mit Erlaubnis der Eltern Günthers, die sich auf Reisen befanden, hielt er sich seit einigen Wochen im Scheller'schen Lindhaus in Radowitz auf. Zwischen Krank und der 16 Jahre alten Hilde Scheller entstand ein Firt. In der Nacht auf den 27. Juni kam aber Hilde unwirksam zu Krank ins Schlafzimmer. Es war sein erstes sexuelles Erlebnis. Er glaubte, daß für ihn daraus auch bestimmte Verpflichtungen entsündeten. Es war aber nicht das erste sexuelle Erlebnis Hildes.

Schon für den nächsten Abend bestellte sie in die Stadtwohnung ihrer Eltern den Kochlehrling Stephan. Ganz überraschend erschienen hier Günther Scheller und Paul Krank. Hilde wußte, daß ihr Bruder Günther den Stephan nicht leiden konnte. Einmal hatte beide eine enge Freundschaft verbunden, die eines sexuellen Einflusses nicht entbehre. Dann hatte aber Stephan seinen Freund bei dessen Eltern „perpetuiert“, daß er mit einem homosexuellen Herrn eine Reise nach Paris unternommen hätte. Hilde war deshalb gezwungen, dem Stephan heimlich in die Wohnung einzuschmuggeln. Dies gelang ihr, als sie im Auftrag Günthers ihre 15jährige Freundin Elinor holte. Als dann Günther sich für

eine kurze Zeit aus der Wohnung entfernte, kamen Hilde und Stephan in die Küche zu Paul Krank und zu Elinor B. Pflöchlich lehrte aber Günther zurück. Stephan verschwand im Schlafzimmer. Auf die Frage, wer bei ihr sei, erklärte Hilde:

„Du kennst ihn nicht.“

Elinor, die anfangs die Nacht über da bleiben sollte, mußte nach Hause. Die Freunde blieben allein in der Küche; sie tranken Likör und Obstwein. Scheller drängte in Krank, wer bei der Schwester sei. Krank hatte kein Ehrenwort gegeben, Hilde nicht zu verraten. Auf Zureden Günthers tat er es schließlich doch. Nun war Günther außer sich; er konnte nicht unter einem Dach mit ihm bleiben; er ertrug es nicht, daß seine Schwester mit Stephan die Nacht verbringe; er wolle sich das Leben nehmen. Krank, den der Gedanke an Hildes Zusammensein mit Stephan gleichfalls in Erregung versetzt hatte, und der die Untreue des Mädchens äußerst schmerzhaft empfand, erklärte sich bereit, mit ihm aus dem Leben zu scheiden. Er gab dem Günther seine Pistole. Als dieser mit ihr herumhantierte,

ging plötzlich ein Schuß los.

Hilde fürzte erschreckt in die Küche. „Es sei nichts“, beruhigte man sie. Dann kam dem Günther der Gedanke, weshalb sie denn eigentlich aus dem Leben scheiden sollten, während die anderen beiden es weiter genießen würden. Und so taten sie den Entschluß: Günther Scheller würde den Stephan töten, dann sich selbst, während Krank die Hilde erschließen sollte, um hernach selbst aus dem Leben zu scheiden. Sie besprachen in allen Einzelheiten den Plan, tranken inzwischen Likör und Obstwein, bräuteten sich Kaffee auf und aßen Kaffeebrotchen. Dann schrieben sie einige Abschiedsbriefe. So verbrachten sie ruhe- und schlaflos die Nacht.

Als Hilde am Morgen erwachte, war ihr erster Gedanke, wie den Stephan aus dem Hause schaffen. Sie verstaute ihn zwischen Kleiderschrank und Handtuchhalter, bedeckte ihn mit einem Badetuch, zog die Rolläden hoch und ging ins Badezimmer. Günther Scheller und Paul Krank begaben sich ins Schlafzimmer. Nach längerem Suchen entdeckte plötzlich Scheller den Stephan: in diesem Augenblick stieg aber Elinor B. an der Haustür. Man ließ sie ein und sie anstellte sich zu Hilde. Einige Augenblicke später ertönten drei Schüsse. Als die Mädchen ins Zimmer kürzten, fanden sie Stephan tot und Günther Scheller sterbend am Boden liegen. Krank erklärte, nun wolle auch er schlief machen. Die Mädchen baten ihn, davon Abstand zu nehmen, Hilde hob den Revolver auf und nahm ihn an sich. Dann läutete sie nach dem Arzt.

Dies die äußeren Ereignisse des blutigen Dramas. Mitshüler des Angeklagten sollen über die Beziehungen der Schüler der Steglitzer Schule untereinander ausfragen. Ein Teil der Gerichtsverhandlung wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen.

## Das Glücksrad rollt.

Ziehungsbeginn der Klassenlotterie bei verschärfter Kontrolle

Nach der Jägerstraße, dem Sitz der Generaldirektion der Preussisch-Schlesischen Klassenlotterie, wallfahren heute vom frühen Morgen an Hunderte und aber Hunderte Glückshungrige; ab heute geht um die „Wurst“, in diesem Falle um das „Große Los“ mit dem Gewinn von einer halben Million Mark, das die Ziehung der fünften Klasse, der Hauptklasse, mit sich bringt. Gestern um 1 1/2 Uhr erfolgte durch die unparteiische Ziehungskommission der Bau- und Finanzdirektion die Einschüttung der 117 500 Kugeln, die die 285 000 Gewinne der ersten und zweiten Abteilung darstellen. Es darf diesmal keine Mißtrauen mehr geben und so werden sämtliche Publikumsfragen, ob mündlich oder schriftlich, gewissenhaftest geprüft und beantwortet. Gewinne über 25 000 Mark werden einzeln geöffnet und dem Publikum auf Verlangen vorgezeigt. Die Auslosung erfolgt in der gleichen Weise wie bisher, jedoch unter verstärkter Kontrolle. Jeder Ziehungsbearbeiter wird von einem hinter ihm postierten Kontrollbeamten strengstens überwacht. Der Arm, der ins Rad greift, ist mit einem leuchtend roten Schutzärmel versehen, nach je 500 Losnummern werden die Plätze gewechselt, nach je 100 Losen macht das Rad eine Vollrotation, die Türen werden geöffnet, um Publikum heraus und herein zu lassen. Dies ausgedehnte Schauspiel geht von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags täglich, Sonntag ausgenommen, bis zum 13. März. Heute, am 1. Ziehungstage, fand sich gleich zu Beginn ein stattliches Häuflein von Gewinnkandidaten ein. Mit bangenden Augen und scharfgespitzten Ohren hing alles an dem Vorklärer des Heils, dem Mann zur Linken, der die Gewinne ansagt. Freudige Ueberraschungen waren heute nicht zu verzeichnen, der größte Treffer betrug 5000 M. Mit den vorgeschrittenen Vormittagstunden wurde der Publikumsandrang immer größer und die Wenigen, die gingen, wurden durch eine große Schar Neuzugewonnener ersetzt. Menschen aller Bevölkerungsschichten. Grundverschieden, aber einig in dem Gedanken und dem Hoffen auf Fortunas Günst. Und während man unläugig, aber hehlig den Heilsverkündern folgte, kam auch der Humor zu seinem Recht. Eine kleine Kette fragte ihren Nachbarn: „Na, Sie sind wohl auch noch nicht dran?“ — „Ne, Fräulein, meint der, der würden Sie doch wohl merken.“

## Geschwisterliebe.

Ein tragischer Doppelselbstmord.

In einem Borort von Wien ward das Personal eines Hotels vor wenigen Tagen in früher Morgenstunden auf einen starken Rauchgasgeruch aufmerksam, der aus einem Zimmer kam. Auf Klopfen und Rufen wurde nicht geantwortet, und man drang in das Zimmer ein. Eng umschlungen lagen im Bett ein junger Mann und ein junges Mädchen, beide tot. Der Gasheizkörper war aus der Wand gerissen, aus dem Rohr einströmte das Vergasgas, und die Eingangstür war in ihren Fugen mit Wäschebüden der Toten verstopft. Offensichtlich kam nur Selbstmord in Frage.

Einige Abschiedsbriefe lagen auf dem Tisch, deren Inhalt erschütternd ist. Es handelt sich um zwei Geschwister, eine 20jährige Kochschülerin und einen 23jährigen Dachdeckergehilfen. „Wir bitten euch alle, erfüllt unseren letzten Willen: wenn wir schon bei Lebzeiten nicht beisammen sein dürfen, muß jedem, wer uns jetzt, im Tode, auseinandertrennt.“ So heißt es in dem tragischen Schriftstück. Der Vater der beiden Unglücklichen, ein ehrlicher Handwerksmann, hat von der unglückseligen Reizung der Toten nie etwas gewußt. Er ist vollkommen zusammengebrochen.

Weiterhin wird uns, die in ihrem Wohnviertel als anständigen und ordentlichen Menschen bekannt waren, auf Ge-

wissensqualen zurückzuführen ist. Die gegenseitige Zuneigung war zu stark, um überwunden werden zu können, und ehe sie sich strafbarer Handlungen schuldig machten, schieden sie aus dem Leben...

## Der Konful von Ecuador.

Vorsorge für ausländische Gründungsschwindeler.

Seit längerer Zeit beschäftigen sich die Frankfurter Untersuchungsbehörden mit der Aufklärung von umfangreichen Gründungsschwindelereien, die von Holland aus in verschiedenen Städten Deutschlands in Szene gesetzt wurden. Die Betrüger traten als kapitalkräftige Leute heran und boten ihnen zu außerordentlich günstigen Bedingungen gewinnbringende Beteiligungen an Neugründungen auf holländischem Gebiet an. An der Spitze der Liste der holländischen Gründungsfantastien stand der Name des Konfuls von Ecuador, Nignil. Wohl wurden die in Aussicht gestellten Neugründungen vorgenommen, doch waren die deutschen Geldgeber nicht daran beteiligt. Von den eingezahlten Geldern sahen sie niemals etwas wieder. In Leipzig haben nach den bisherigen Ermittlungen drei Geldgeber zusammen 32 000 Mark verloren. Im Zusammenhang mit den Schwindelereien war Ende Dezember ein Leipziger Ingenieur verhaftet worden, der den Holländern Zutreiberdienste geleistet haben sollte. Wie erst jetzt bekannt wird, hat der Ingenieur in der Zelle des Untersuchungsgefängnisses Selbstmord durch Erhängen verübt. Konful Nignil scheint sein Amt niedergelegt und sich nach Frankreich begeben zu haben.

16. Ust. Abhandl. Der Beklabend findet heute (Mittwoch) um 19 1/2 Uhr, im Lokal Ringel, Wedomstr. 22, Cde Zasmunder Straße, statt.

## Die Stuttgarter Sechstage.

Unveränderter Stand der Rennen.

Heute abend geht das 1. Stuttgarter Sechstagerennen zu Ende. Sportlich hat es bis zur Stunde wenig oder gar nichts gebracht, während der finanzielle Erfolg ein großer war. Fehler der Regie? Man munkelte schon vor Beginn der 144-Stunden-Fahrt, daß die Bezahlung unzureichend sei! Vielleicht lag es eben daran, daß das Feld im großen und ganzen nicht daran dachte, aus sich herauszugehen. Sollte es so sein, so haben die Veranstalter — gelinde gesagt — nicht gut gehandelt. Das Stuttgarter Publikum wird es sich wohl überlegen müssen, ein zweites Stuttgarter Sechstagerennen so stark zu besuchen.

Auch in der letzten Nacht war die Stadthalle fast ausverkauft, was die Zuschauer jedoch zu sehen belahmen, war wenig. Nur eine längere Jagd gab es während der Nacht, die von Kempen-Frankenstein angezettelt hatten. Den Ausreißern schlossen sich Kieger-Junge und Duran-Standert an, alle anderen Mannschaften wurden überunden, Redjierst-Schwemmler sogar zweimal. Die Franzosen Marret-Blanc Night entgingen dadurch einer Ueberwindung, daß sie sich zeitweilig nicht im Rennen befanden. Nach Ablauf des fünften Tages waren 2838,580 Kilometer durchfahren.

Die Abende bzw. Nachwertung brachte keine inderliche Feldveränderung. Während einer kleinen Jagd hatte sich die Mannschaft Bragard-Rotton vorchriftswidrig abgelöst, weshalb sie mit einer Strafzunde bestraft wurde. Um 5 Uhr morgens, nach 127 Stunden (3074,180 Kilometer), war der Stand folgender: Van Kempen-Frankenstein 388 Punkte; eine Runde zurück: Kieger-Junge 301 Punkte, Duran-Standert 240 Punkte; zwei Runden zurück: Marret-Blanc Garin 165 Punkte; drei Runden zurück: Behrendt-Manthen 105 Punkte; vier Runden zurück: Kähler-Boss 174 Punkte. Blattmann-Remold 148 Punkte; fünf Runden zurück: Bauer-Schuler 115 Punkte, Raitton-Bragard 75 Punkte, Redjierst-Schwemmler 39 Punkte.



# Verhandlung für Mitteldeutschland

Der Druck der Scharmacher.

Heute Vormittag haben im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz von Dr. Lüggen, Schlichter der Provinz Sachsen, die vom Reichsarbeitsminister angeordneten Verhandlungen begonnen, um den Kampf in Mitteldeutschland beizulegen.

Der Beschluß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen, der darauf hinausgeht, die Metallindustriellen Mitteldeutschlands finanziell zu unterstützen und falls diese Unterstützung nicht ausreicht, um die Arbeiter niederzuzwingen, zur allgemeinen Aussperrung in ganz Deutschland zu schreiten, ist in erster Linie gedacht als ein Druckmittel auf die heutigen Verhandlungen.

Es ist ganz klar, daß dieser Beschluß entweder von Wahnsinnigen gefaßt worden ist, oder aber nichts weiter sein soll, als ein elender Bluff, der von niemandem ernst genommen wird, am allerwenigsten von den Metallindustriellen selbst.

Die Metallindustriellen Mitteldeutschlands haben an den wirtschaftlichen Folgen der Aussperrung so schwer zu tragen, daß sie der finanziellen Hilfe dringend bedürfen, wenn sie nicht zusammenbrechen sollen. Die Aufrechterhaltung eines Großbetriebes ist heute mit so vielen finanziellen Verpflichtungen verknüpft, daß eine Einstellung des Betriebes in kurzer Zeit unweigerlich zum Bankrott führen muß. Nun stelle man sich vor, zu welchen Konsequenzen die Stilllegung der gesamten Metallindustrie Deutschlands führen müßte. Die Auswirkungen würden selbstverständlich nicht auf die Metallindustrie beschränkt bleiben.

Die Drohung, die größte Industrie Deutschlands stillzusetzen zeigt aber, was Geistes Kind die Unternehmer im Gesamtverband der Metallindustriellen sind. Der Kampf in Mitteldeutschland geht bekanntlich um die Löhne. Die Facharbeiter in Mitteldeutschland hatten bisher einen Stundenlohn von 75 Pf. Der Metallarbeiterverband fordert eine Erhöhung des Stundenlohns auf 90 Pf. Vergleicht man diese Löhne mit den Löhnen der Metallarbeiter in den hauptsächlichsten Konkurrenzländern, dann muß man feststellen, daß die Metallarbeiter Mitteldeutschlands wesentlich geringere Löhne als ihre Kollegen des Auslandes haben. Eine Zulage von 3 Pf., wie sie der Schiedspruch vorsieht, ist nicht einmal ein Ausgleich für die Teuerung, geschweige denn eine Lohnerhöhung, die in Mitteldeutschland unbedingt notwendig ist.

## Innerschütterte Arbeiterfront.

Bezirkskonferenz der Metallarbeiter.

Aus Halle wird uns berichtet:

Am Montag tagte in Halle im Volkspark eine Bezirkskonferenz des DMB, um den Bericht des Bezirksleiters Köhler über den Stand der Bewegung entgegenzunehmen. Köhler konnte mitteilen, daß die

Lage und die Stimmung der Kämpfenden als glänzend

zu bezeichnen ist. Auch die Deffnung der Betriebe durch die Metallindustriellen ist ein Schlag ins Wasser. Nur in sehr wenigen Orten sind einzelne zu Verrätern geworden, mit denen die Metallindustriellen aber absolut nichts anfangen können. Wenn die Metallindustriellen jetzt bei der Deffnung der Betriebe zum Ausdruck bringen, daß sie die nichtorganisierten Arbeitswilligen, wenn keine Möglichkeit zur Arbeit besteht, finanziell unterstützen wollen, so sei nur ein Vorgang erwähnenswert, der die Metallindustriellen charakterisiert. Bei der Firma Teermann u. Kleinfeld in Coswig erhielten vier Arbeiter für 25jährige Treue in der Arbeit die silberne Ehrenmedaille. Eine Stunde später wurde die gesamte Belegschaft bis auf einen Inorganisierten infolge des Metallarbeiterstreiks

ausgesperrt und entlassen.

darunter auch die wegen ihrer Treue mit der Ehrenmedaille bedachten. Der Vorgang spricht für sich selbst und ist ein Kommentar dazu überflüssig.

Köhler wendete sich dann der Unterstützungsfrage zu, besonders für die Mitglieder, die weniger als dreizehn Wochen dem Verband angehören und den Inorganisierten. Er konnte erklären, daß auf Grund der Gesamtlage und der Einstellung der Organisierten im allgemeinen, die engere Kommission den Beschluß gefaßt hat, daß die Kollegen, die zu Ende 1927 bereits Mitglieder waren, Unterstützung bekommen sollen. Die gefaßten Beschlüsse würden dazu beitragen, daß die Kämpfenden noch fester zusammenstehen und es den Metallindustriellen nicht möglich ist, welche Mittel sie auch anwenden, die Front zum Wanken zu bringen.

Köhler stellte noch Betrachtungen an über die anderen Tarifgebiete des Bezirkes, daß es das Bestreben der hier in Frage kommenden Metallindustriellen sei, im Gange befindliche

Schlichtungsverhandlungen hinauszuzögern.

mit Rücksicht darauf, daß das Reichsarbeitsministerium in Anhalt, Halle, Magdeburg eingreifen wolle. In der Tat war auch die Nachricht eingetroffen, daß das Reichsarbeitsministerium die Parteien

zu Mittwoch, den 8. Februar, nach Berlin zu Verhandlungen

einlädt. Diese Mitteilung wurde von den Konferenzteilnehmern so aufgenommen, wie von Führern, die von der guten Kampflage fest überzeugt sind und sich auf lange Sicht eingestellt haben.

Es folgte eine lebhafteste Aussprache ein. Japp, Halle, suchte die holländische Ortsverwaltung zu verteidigen und machte dabei Ausführungen, die direkt im Widerspruch zur Tätigkeit der kommunistischen Parteileitung und ihrer Presse stehen. Die Ausführungen wurden von den Kollegen aus dem Bezirk mit „hört! hört!“ aufgenommen. Scheinbar hält also auch in Halle die bessere Einsicht Einkehr.

Unter allgemeiner Spannung erklärte Hampel, Staßfurt, u. a., daß er zu den gegenüber der kommunistischen Partei und ihrer Presse gerichteten Angriffen nach wie vor stehe und die Konsequenzen gezogen habe. Er sei aus der kommunistischen Partei ausgeschieden.

Kaufers, Magdeburg, Donath, Dessau, und der Vorstandsvertreter Handke, Stuttgart, nahmen eingehend zu den aufgeworfenen Fragen Stellung. Sie gaben ihrer

Befriedigung über den guten Stand der Bewegung

Ausdruck und nicht zuletzt auch darüber, daß die jetzige Bewegung zur Klärung der Stellungnahme des DMB zu der RPD beitrage.

Köhler ging in seinem Schlußwort auf die Ausführungen der einzelnen Debattierenden ein. Zur allgemeinen Lage noch einmal übergehend, erklärte er unter allgemeiner Zustimmung, wir gehen nach Berlin mit dem Bewußtsein:

Wir kämpfen für eine gerechte Sache und die Bewegung steht gut!

Mit dem Wunsche, daß jeder Funktionär das Seine dazu beitragen solle, daß der Kampf weiter so geführt wird wie bisher, schloß er die in jeder Beziehung gut verlaufene und von gutem Kampfsgeist getragene Konferenz.

## Streikbeschluß der Modelltischler.

Der DMBJ. erlaubt keine Lohnerhöhung.

Vom Holzarbeiterverband war zum 31. Dezember der Lohn-tarif für die Modelltischler in den Berliner Innungsbetrieben gekündigt und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Proz. gefordert worden.

Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung über diese Forderung ab und versteckten sich hinter den Verband Berliner Metallindustrieller. Sie erklärten dem Holzarbeiterverband gegenüber, daß bei einer Lohnerhöhung in den Innungsbetrieben automatisch eine „Lohntreiberei“ der Modelltischler in den DMBJ.-Betrieben einleiten würde und daß sie auf diese Folge vom DMBJ. warnend hingewiesen worden seien.

Bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, die vom Holzarbeiterverband beantragt worden waren, boten sie der Verhandlungskommission eine Verlängerung des Lohn-tarifes an, was natürlich abgelehnt werden mußte. Trotzdem die Unternehmer darauf hingewiesen wurden, daß die Verdienste der Modelltischler in den DMBJ.-Betrieben höher seien als in den Innungsbetrieben, waren sie zu keinem Zugeständnis zu bewegen.

Der Schlichtungsausschuß fällt schließlich einen Schieds-spruch, der ab 1. Januar bis 1. Oktober eine Lohnerhöhung um 4 1/2 Proz. vorschlägt, was einer Erhöhung des Spitzenlohnes von 1,32 M. auf 1,37 M. gleichkom. Dieser Spruch wurde von beiden Parteien abgelehnt, so daß die Modelltischler der Innungsbetriebe ab 1. Januar tariflos arbeiten.

In der Branchenversammlung der Modelltischler, die zu gestern abend nach den Germania-Sälen einberufen war, beschloßen die Modelltischler der Innungsbetriebe fast einstimmig, für die Durchsetzung ihrer Forderung in den Streik zu treten. Der Streik beginnt und die Führung des Streiks wurden der Ortsverwaltung überlassen, die die notwendigen Kampfmaßnahmen im Einvernehmen mit der Branchenkommmission beschließen wird.

Wenn auch die Zahl der in den Innungsbetrieben beschäftigten Modelltischler nicht sehr hoch ist, so kann der Konflikt doch weite Kreise ziehen, da es nicht ausgeschlossen ist, daß er auch auf die DMBJ.-Betriebe übergreift.

Bei der Wahl der Branchenleitung, die zu Beginn der Ver-

sammlung vorgenommen wurde, reichte die „Opposition“ eine eigene Liste ein, obwohl sie zu dem Bericht der Branchenleitung kein Wort der Kritik vorzubringen wußte. Gewählt wurde die bisherige Amsterdamer Branchenleitung, und zwar mit erdrückender Mehrheit.

## Worauf es ankommt.

Die „Opposition“ marschiert — nach rückwärts.

Nun endlich sieht sich die „rote Fahne“ genötigt, zugleich mit der Hiobsbotschaft von dem Ausgang der Bezirkswahlen im Gemeindegewerkschaftsverband auch die Niederlage bei den Sattlern zu veröffentlichen. Sie schreibt dann, nachdem sie einige „Siege“ aufzählt, die angeblich irgendwo, irgendwann von den Kommunisten errungen wurden:

„Im übrigen ist selbstverständlich, daß bei dem scharfen Ringen zwischen Reformismus und kommunistischer Gewerkschaftsopposition ein wechselvolles Spiel des Auf und Nieder zu verzeichnen ist. Der entscheidende Faktor dabei aber ist, welche Richtung bei der Beurteilung der Gesamtlage am meisten gewinnt und daher auf Kosten der anderen vorwärts marschiert.“

Der Meinung sind wir auch. Man braucht also nur zu vergleichen, in welche Richtung die Entwicklung in den letzten fünf Jahren ging, um zu sehen, wer vorwärts marschiert. Zum Beispiel hatten die Kommunisten in Mitteldeutschland im Metallarbeiterverband Arttern, Uchersleben, Bernburg, Bitterfeld, Bodwig, Eilenburg, Eisleben, Halle, Hettstedt, Merseburg, Raumburg, Sangerhausen, Staßfurt, Wernigerode, Weiskensels, Wittenberg und Zerbst durch kommunistische Ortsverwaltungen besetzt. Heute sind davon nur noch übriggeblieben: Eilenburg, Halle, Raumburg, Sangerhausen, Staßfurt und Wittenberg. Die Verwaltungen Eilenburg und Staßfurt sind mit dem Ausschluß bzw. Austritt von Wittermüller und Hampel für die kommunistische Partei erledigt. Außerdem hat die RPD bereits neun Ortsverwaltungen verloren, ganz abgesehen von dem Rückgang des Einflusses der Kommunisten in den übrigen Ortsverwaltungen. Sowohl, die RPD, marschiert, aber nach rückwärts.

**Betriebsarbeiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands.** Heute, Mittwoch, 8. Februar, 19 Uhr, findet in Schintels Festsaal (Theatersaal), Brückenstraße 2 (unmittelbar am Bahnhof Jannowbrücke), die im „Mitteilungsblatt“ Nr. 2 der Ortsgruppe Berlin bekanntgegebene Mitgliederversammlung der Abteilung Betriebsarbeiter statt. Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht, 2. Neuwahl der Abteilungsleitung. Wir fordern hiermit alle dienstfreien Kollegen und Kolleginnen und vorwiegend unsere Parteigenossen der Gruppe Handwerker und Arbeiter, Kohlenlanger usw., — Bahnunterhaltungsarbeiter, Güterbodenarbeiter — Gepäckträger, Stationspersonal und die Gruppenarbeiterinnen auf, pünktlich zu erscheinen, um eine Abteilungsleitung zustande zu bringen, die nach wie vor bestrebt ist, gewerkschaftliche Arbeit zu leisten, ohne jeden Einfluß politischer Regisseure. Der Werbeausschuß.

Deutscher Meisterverband, Geschäftsstelle Bezirk I. Wegen der Befreiungsfreiheit für den Kollegen Wahl bleibt die Geschäftsstelle am Donnerstag, dem 9. Februar, von nachmittags 1 Uhr ab geschlossen. geg. V. Kothe.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Glaser; Redaktion: A. S. Köhler; Sekretär und Sonstiges: Erik Karstädt; Anzeigen: H. Glöde; Vertrieb in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis: Vorwärts-Publikations- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

**K. Gegner**  
Berlin N 113  
Schönhanser Allee 131  
am Hochbahnhof Nordring  
Humboldt 5685 Gegr. 1882

**Standuhren**  
Uhren aller Art  
**Trauringe**  
Juwelen :: Gold-, Silberwaren :: Kristall  
Silberne und versilberte Bestecke  
Vorzeiger des Inverates

Von M. 65 an 5 Proz. Rabatt

**KÜCHEN**  
mit emailliert

Küche Lottchen . . . 55 M. 90 M.  
Küche Christine m. Amr. 85 M. 135 M.

**RIESENAUSWAHL**  
roher, lackierter, lasiert, Küchen, einz. Kleider- u. Küchenschränke in ca.

**135 Mustern.**

**HIMMEL**  
Hauptgeschäft:  
Lothringer Str. 22, Schönhaus. Tor  
Filiale:  
Gr. Frankfurter Str. 40 am Strausberger Pl.

**HERDE**  
FÜR KOHLE UND GAS  
auch bis zu  
**18**  
Monats-Raten

**Raddatz & Co**  
Berlin, Leipzigerstr. 122/123

**PEEK & CLOPPENBURG**  
BERLIN C 19 • GERTRAUDTEN-STRASSE 25-27 • ROSS-STR. 1-4

Fertige  
**Einsegnungs-Anzüge**  
besserer Art

Brustweite 62 cm

	ein-reihig	zwei-reihig
Dunkelblauer, halberer Cheviot . . . . M.	36.-	38.-
Dunkelblauer, kräftiger Cheviot . . . . M.	48.-	50.-
Reinwollener, dunkelblauer Cheviot . . . M.	50.-	55.-
Dunkelblauer, guter Cheviot, reine Wolle M.	59.-	62.-

Schwarze und farbige Sakkoanzüge für junge Herren

Eigenerzeugnisse

